

Meinhold, Helmut

Article — Digitized Version

Die Liberalisierung als Bestandteil einer systematischen Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Meinhold, Helmut (1950) : Die Liberalisierung als Bestandteil einer systematischen Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 5, pp. 18-22

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131105>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Liberalisierung als Bestandteil einer systematischen Wirtschaftspolitik

Dr. Helmut Meinhold, Frankfurt-Höchst

Seit die Pariser Organisation der europäischen Marshallplanländer die Liberalisierung des Außenhandels, zunächst des Außenhandels zwischen den Marshallplanländern selbst, zu einem ihrer obersten Programmpunkte erhoben hat, ist dieser Begriff nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch innen- und außenpolitisch zu einem Schlagwort ersten Ranges geworden. Wer überhaupt den Gedanken anerkennt, daß die europäischen Wirtschaftsprobleme nur von den europäischen Ländern gemeinsam und nur auf dem Wege über eine nach einheitlichen Gesichtspunkten und gemeinsam operierende Wirtschaft gelöst werden können, wird nicht umhin können, den ersten Schritt zu solcher Gemeinsamkeit in einem Abbau der willkürlichen Handelshemmnisse zu sehen. Wer den Krieg als letztes Mittel der Politik wenigstens innerhalb des westlichen Teils der Welt ausgeschaltet wissen will, wird anerkennen müssen, daß dazu in der Internationalisierung der Wirtschaft, in der Stärkung der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit durch gegenseitige Konkurrenz eine der praktisch wirksamsten Möglichkeiten gegeben ist. Und wer schließlich geneigt ist, in dem Aufschwung von Produktion und Versorgung Westdeutschlands ganz oder teilweise einen Erfolg der Befreiung von zwangswirtschaftlichen Folgen zu sehen, wird auch die Konsequenz bejahen, die in der Fortsetzung dieses Weges auf das Gebiet des internationalen Handels liegt.

Aber diese Unleugbarkeiten liegen, so scheint es vielen, im Bereich des Idealen. Sieht die Sache in der Praxis nicht ganz anders aus? Während wir in Deutschland vor dem Kriege unsere strukturgegebenen überseeischen Zahlungsbilanzdefizite durch Europaüberschüsse bezahlen konnten, haben wir in Westdeutschland zu dem nach dem Kriege vergrößerten Dollardefizit seit der verstärkten Liberalisierung auch noch ein Europadefizit großen Ausmaßes bekommen. Die Läden sind voll von europäischen Luxusgütern, während wir die Devisen für den Einkauf beispielsweise von mehr Textilrohstoffen nicht aufbringen, die wir zur Vollbeschäftigung unserer Textilindustrie und zur Textilversorgung unserer Wirtschaft zu Preisen, die unserer Kaufkraft angemessen sind, benötigen. Die Waren europäischer Konkurrenten strömen zu uns herein, während unsere Produzenten über Absatzmangel der gleichen Güter klagen, Leute entlassen müssen und mit ernststen Sorgen in die Zukunft schauen.

Unzweifelhaft sind diese Tatsachen, wenn auch in dieser Form höchst einseitig vorgetragen, von großem Gewicht. Reichen sie aber aus, sind sie vor allem

für längere Frist so substantiiert, daß sie unseren Weg zur gemeinsam operierenden europäischen Wirtschaft hemmen sollten? Es ist kein Wunder, daß die verschiedenen wirtschafts- und parteipolitischen Lager, daß auch die verschiedenen europäischen Regierungen bei aller Anerkennung des Grundprinzips zu sehr unterschiedlichen Antworten gekommen sind. Vor allem aber ist es kein Wunder, daß gerade Westdeutschland hier so stark vorangeschritten ist — und zwar nicht nur, weil wir eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Bundesregierung haben, sondern eben deshalb, weil sich die Probleme bei uns im Negativen wie im Positiven mit einer Schärfe abzeichnen, die zu schnellerer Entscheidung zwingt als anderswo.

UNSER STRUKTURPROBLEM: UNSER PLANPROBLEM

Gehen wir zunächst von den einfachsten Voraussetzungen unserer Wirtschaftspolitik aus: Jede Wirtschaft braucht eine Orientierung, einen Plan für die Zukunft. Dieser Plan braucht nichts mit Zwangswirtschaft zu tun zu haben, er kann ein Plan der Regierung oder der Unternehmer sein, darüber braucht hier nicht gestritten zu werden: er muß vorhanden sein. Er braucht vielleicht nicht geschrieben, nicht in Tabellenform gefaßt zu sein — aber er muß so deutlich sein, daß er wenigstens demjenigen, der über die Investitionen zu befinden hat (gleichviel ob Unternehmer oder Staat), mit einiger Deutlichkeit sagt, wo er zu investieren hat, damit die Investitionen auch in der Zukunft fruchtbar werden. Diese Orientierungsmöglichkeit muß wenigstens gegeben sein.

Oft wird geglaubt, das könne doch auch bei uns nicht so schwierig sein. Die zu lösenden Grundprobleme sind bekannt: Nach außen Unabhängigkeit von besonderer Hilfe (also Zahlungsbilanzausgleich), im Inneren gleichzeitig Vollbeschäftigung und erträgliche Lebenshaltung für die so stark gestiegene Bevölkerung. Die Hauptziele ergeben sich daraus automatisch: Steigerung der Produktion für Inland und Ausland. Soweit ist alles klar, aber damit richtig investiert wird, müssen wir mehr wissen: auf welchen Gebieten muß mehr produziert werden: Für das Inland wissen wir einiges davon, nämlich zunächst, daß wir sehr viele Wohnungen brauchen, dann, daß wir für eine steigende Wirtschaft mehr Kohle, mehr Strom, mehr Stahl brauchen, für eine bessere Versorgung bei vorläufig im Vergleich zu den Nachbarländern noch immer lächerlich geringem Kopfverbrauch mehr Textilien, mehr Seife, für alles das mehr Maschinen usw. Aber hier wird das Weitere schon schwierig: welche Maschinen, welche Textilien? Im

Augenblick haben wir ja den Zustand, daß wir auf sehr vielen diesen Gebieten unausgenutzte Kapazitäten haben, weil Nachfragemangel besteht.

Es wird allerdings sehr häufig behauptet, dieser Nachfragemangel sei eine Folge falscher Geldpolitik, mit ausreichender Kreditschöpfung könnte man ihn beseitigen. Es ist ganz sicher, daß wir das erforderliche Wachstum unserer Wirtschaft nicht durch geldpolitische Restriktionen hemmen dürfen, sondern umgekehrt das Wachstum der Produktion durch ein entsprechendes Wachstum des Geldvolumens nicht nur ermöglichen, sondern sogar fördern müssen. Für eine solche Förderung gibt es aber sehr verschiedene Möglichkeiten der Geschwindigkeit. Theoretisch wäre eine Geldschöpfung in einem solchen Ausmaß denkbar, daß die Hauptmasse der Arbeitslosen sofort verschwindet. Der Einsatz der durch die Kreditpolitik gewonnenen Mittel für normale betriebliche Investitionen wäre dann nur zum Teil möglich. Die Menge solchen zusätzlichen Kredits, der für normale Investitionen ausgegeben werden kann, ist nämlich durch die Kapazitäten der Investitionsgüterindustrie begrenzt; die Betriebe, die mit Hilfe des zusätzlichen Kredits investieren, können das nur in dem Maße tun, in dem die Investitionsgüterindustrie, d. h. Maschinenindustrie, Baustoff- und Bauwirtschaft lieferfähig ist. Diese Lieferfähigkeit, d. h. die Kapazität unserer Investitionsgüterindustrie, reicht aber zur Vollbeschäftigung nicht aus. Wir wissen zwar nicht ganz genau, welche Kapazitäten im Augenblick unausgenutzt sind, aber soviel wissen wir auf jeden Fall, daß die Kapazitäten seit der Vorkriegszeit nicht so stark gewachsen sind wie die Bevölkerung (Flüchtlinge), daß also die Nutzung der vorhandenen Kapazitäten für eine Vollbeschäftigung nicht ausreicht — ja mehr, daß wir auch die nach Nutzung der vorhandenen Kapazitäten noch übrigen Arbeitslosen nicht für die Erweiterung unserer Kapazitäten durch Aufbau neuer Werke beschäftigen könnten, eben weil die Kapazität der Baustoff-, Maschinenindustrie für die Ausstattung dieser neuen Werke nicht mehr ausreicht — ganz abgesehen von der Stahlquote, die uns auferlegt ist.

Daraus folgt, daß wir bei einem solchen Tempo unserer Kreditpolitik Investitionen um der Investition willen betreiben müßten. Wir müßten die im Vergleich zu unseren jetzigen Kapazitäten überzähligen Arbeitskräfte in „Notstandsarbeiten“ einsetzen, die keine neuen Kapazitäten, also auch keine neuen Arbeitsplätze schaffen und daher weder unsere Versorgung und Exportmöglichkeit noch unsere Beschäftigungsmöglichkeit für die Zukunft verbessern. Ferner: Wir müßten die betrieblichen Investitionen so einrichten, daß sie zunächst auf die gegenwärtige Kapazität unserer Investitionsgüterindustrie abgestimmt sind, damit wir wenigstens diese Kapazitäten voll mit Arbeitskräften belegen. Die Struktur dieser Kapazitäten stimmt aber sicherlich nicht mit der gegenwärtigen und künftigen Bedarfsstruktur überein. Die Kapazitäten waren ja zunächst auf einen ganz anderen Binnenwirtschaftsraum eingestellt als wir ihn heute

in Westdeutschland haben, und auf eine Exportmöglichkeit, die ganz anders aussah als unsere heutigen und vermutlich künftigen Exportmöglichkeiten. Die Kapazitäten sind dann vor und im Kriege auf einen Rüstungsbedarf hin entwickelt worden, sie sind durch Kriegszerstörungen und Demontagen weiter ohne Rücksicht auf die künftige Bedarfsstruktur verändert worden. Wenn wir also unsere Investitionen nach der gegenwärtigen Kapazitätsstruktur entwickeln, kommen wir nicht etwa dahin, daß wir unsere Produktion allgemein in Richtung auf die künftige Bedarfsstruktur und die künftigen Exportmöglichkeiten entwickeln, sondern sie, vom Bedarf aus gesehen, einigermaßen willkürlich ausbauen.

Wenn also mit Hilfe solcher Investitionen unsere Produktion und unsere Beschäftigungsmöglichkeit für die Zukunft wächst, so tut sie das nicht im Einklang mit der Dringlichkeitsreihenfolge unserer Bedarfsstruktur (Export- und Binnenbedarf zusammen gesehen). Wir müssen also, um die Kapazitäten dann so zu nutzen, die Bedarfsstruktur in Einklang mit der gegebenen Produktion bringen, d. h. wir müssen den Absatz in der durch die Kapazitäten vorgeschriebenen gütermäßigen Zusammensetzung erzwingen, wir kommen nicht zu einer dem Bedarf entsprechend steigenden Versorgung, sondern wir verewigen Rationierung und Armut.

Zu diesen langfristigen Problemen gesellt sich das kurzfristige: wenn wir soviel Kredit schöpfen, vergrößern wir natürlich entsprechend die Nachfrage — das ist ja der Zweck. Die Nachfrage tut uns aber keineswegs den Gefallen, sich güterwirtschaftlich so zusammensetzen, wie es unseren gegenwärtigen Kapazitäten und Importmöglichkeiten entspricht. Also müssen wir wiederum die Nachfrage zwangsweise auf die Versorgungsmöglichkeiten richten, wir müssen entweder die Preise für die begehrten — das sind oft gerade die lebensnotwendigsten und andererseits rohstoffimportabhängigsten — Güter beliebig steigen lassen, oder wir müssen wieder rationieren. Solche Rationierung hat aber nicht nur für die Gegenwart die bekannten unerfreulichen Seiten. Sie hat überdies die unangenehme Eigenschaft, daß sie den Preis als Anzeiger für die wirkliche Bedarfsstruktur ausschaltet, damit auch dem Investor (Staat oder Unternehmer) die Orientierung dafür entwindet, seine Investitionen möglichst auf den Bedarf einzurichten. Auch hier also wiederum die Gefahr, daß sich die künftige Struktur der Kapazitäten nicht nach dem Bedarf richtet, die Rationierung verewigt wird.

LIBERALISIERUNG ALS ORIENTIERUNG

Dieser Weg kann uns also wenig reizen. Es gibt einen anderen, nämlich den eines möglichst schnellen Vorwärtsschreitens, das so viel zusätzliche Beschäftigung wie möglich schafft, ohne doch gleich die Rationierung zu bringen und damit die Orientierungsmöglichkeit zu verbauen. Auf einer ganzen Reihe von Gebieten — der Wohnungsbau sei nur als das geläufigste herausgegriffen — wissen wir genau, daß

wir auch im Sinne der künftigen Bedarfsstruktur noch sehr viel zu investieren haben. Ebenso wissen wir auf einigen Gebieten sehr genau, wo im Sinne einer Exportsteigerung zunächst investiert werden muß, wir wissen ferner, daß in der Landwirtschaft zahlreiche Investitionen im Sinne unserer Lebensfähigkeit erforderlich sind. Wenn wir die kreditpolitisch zusätzlich gewonnenen Mittel zunächst in diesen Investitionen einsetzen, also damit das Sozialprodukt zunächst in diesen Investitionen einsetzen, dadurch das Sozialprodukt ohne wesentliche Rationierungsmaßnahmen steigern, müssen sich sehr bald neue Engpässe zeigen, die diesem gestiegenen Bedarf entgegenstehen, nämlich dort, wo die Preise leichte Aufstiegtendenz aufweisen. Hier können dann sogleich die nächsten Investitionsakte einsetzen usw., bis wir mit wachsendem Bedarf, und diesem in der Struktur entsprechend, mit unseren Kapazitäten in die volle Beschäftigung hineinwachsen.

Das Unglück ist aber, daß sich bei diesem Wachstum die nächsten Engpässe zunächst nicht auf dem Gebiet der Produktionskapazitäten, sondern des Imports zeigen dürften. Bei wachsender Gesamtnachfrage werden zunächst viele derjenigen Güter knapp, bei denen eine Vergrößerung der Produktion zunächst nicht von einer Erweiterung der Kapazitäten, sondern von einer Vergrößerung der Importe abhängig ist. Wenn wir also den Weg der Nichtbeachtung der künftigen Bedarfsstruktur, d. h. der Rationierung, vermeiden wollen, müssen wir mehr importieren. Jeder weiß, daß wir heute mehr importieren müssen als früher. Bei steigender Bevölkerung muß das Verhältnis der heimischen Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion zum (gestiegenen) Bedarf zunächst ungünstiger werden, der Importbedarf also wachsen. Entsprechend muß mehr exportiert werden. Beim Mehrexport stoßen wir auf die Konkurrenz des Auslandes. Dieser zu begegnen, gibt es wiederum zwei Wege: Entweder durch niedrigere Löhne zu konkurrieren oder durch Steigerung der Leistung.

Nun läßt sich aber bei einem so großen Import-Exportbedarf, wie wir ihn in unserem dichtbevölkerten Lande haben, die Exportproduktion nicht von der Inlandsproduktion trennen. Wir können nicht für die Exportproduktion die Löhne senken und sie für die Inlandsproduktion halten, ebensowenig können wir für die Exportproduktion die Leistung steigern, ohne das gleichzeitig für die Inlandsproduktion zu tun. Die Alternative heißt also, im Hinblick auf unsere Exportnotwendigkeit alle Löhne niedrig zu halten oder alle Leistung zu steigern. Alle Löhne niedrig halten, heißt die Versorgung niedrig halten — ein Ziel, das niemand loben kann. Bleibt also nur der Weg der Leistungssteigerung im Vergleich mit dem Ausland. Da das Ausland, und zwar auch das europäische Ausland, auf dem Gebiet der Leistungssteigerung nach dem Kriege lange nicht so viel Zeit verloren hat wie wir, bedeutet das für uns eine doppelte Anstrengung.

Wie aber können wir unsere Leistung gerade im Hinblick auf den Weltmarkt steigern? Das ist in zwei

Richtungen gleichzeitig möglich: erstens durch Rationalisierung im einzelnen Betrieb, und zwar insbesondere in demjenigen Betrieb, in dem die Exportmöglichkeit vor allem gegeben ist, zweitens durch Ausbau der Wirtschaftszweige, in denen wir am ehesten konkurrenzfähig sein können, bei gleichzeitigem Abbau derjenigen, bei denen das ausgeschlossen erscheint.

Welche Zweige sind aber in diesem Sinne exportträchtig, und bei welchem Stand der Leistungssteigerung können sie exportieren? Wiederum taucht das Problem der Orientierung auf — diesmal aber ausgeprägt der Orientierung, die wir am wenigsten „planen“ können, nämlich derjenigen am Bedarf des Auslandes. Gleichzeitig müssen wir erkennen, daß wir für diese Orientierung nicht übermäßig viel Zeit haben; denn die Marshallhilfe, die uns jetzt noch einen Teil unseres Importbedarfes deckt, geht zurück. In dieser Situation gibt es eigentlich überhaupt nur eine Möglichkeit: Mit schnellen Schritten in die internationale Konkurrenz einzusteigen. Das aber ist das Kernstück der Liberalisierung. Sie ist also — abgesehen von der Notwendigkeit für die europäische Integration, die hier als erforderlich unterstellt ist — für die deutsche Wirtschaftspolitik eine Maßnahme, die in dem Rahmen der Maßnahmen zur Steigerung von Beschäftigung und Versorgung bei gleichzeitigem Abbau der Auslandshilfe ein integrierender Bestandteil ist.

DIE EUROPABILANZ

Auch angesichts dieser Erkenntnis dürfen wir freilich, wie stets bei wirtschaftspolitischen Grundsatzzielen, nicht den Blick für die täglichen Sorgen verlieren. Eine solche Sorge ist unsere Devisenlage, eine zweite die Folgen der Liberalisierung für die im Vergleich zum Ausland weniger leistungsfähigen Wirtschaftszweige, eine dritte die Frage, in welchem Maße wir uns bei unserer jetzigen Kaufkraft dem Import europäischer Luxusgüter, der anscheinend mit der Liberalisierung untrennbar verbunden ist, leisten können.

Was zunächst die Devisenlage in Beziehung auf die europäischen Währungen — für das Dollargebiet wird ja eine Liberalisierung jetzt kaum in Erwägung gezogen — anlangt, so ist ihre Beurteilung nahezu eine Frage des Temperaments. Tatsache ist, daß unsere Zahlungsbilanz mit dem europäischen Marshallplanraum infolge der Liberalisierung stark defizitär geworden ist. Dafür gibt es eine Reihe temporärer Gründe: den Umstand, daß wir zunächst einseitig liberalisiert haben und daher ins Defizit kamen; die Tatsache, daß die warenhungrige deutsche Wirtschaft zunächst, teils auch zur Auffüllung der Läger, ähnlich wie im Innern in der ersten Zeit nach der Währungsreform relativ wahllos alles aufgenommen hat, während sich nunmehr die ersten Zeichen der nüchternen Zurückhaltung deutlich bemerkbar machen; nicht zuletzt die Eigenart der deutschen Exporte, für die es meist längere Liefer- und Zahlungsfristen gibt, während das Gros der Importe sofort liefer- und zahlbar ist. Die Anzeichen aus den neueren Import- und Ex-

portaufträgen zeigen hier eine deutliche Wandlung. Es gibt zwar ernsthafte Urteiler, die auch im Zeichen dieser Wandlung einen baldigen Ausgleich unserer Zahlungsbilanz mit Europa für unwahrscheinlich halten. Deswegen aber die Liberalisierung im gegenwärtigen Augenblick aufzugeben, hieße handeln wie ein Geschäftsmann, der das Anfangskapital in ein Unternehmen gesteckt hat und in dem Augenblick aufgibt, in dem zwar Zeichen der Wandlung zum Erfolg sichtbar sind, in dem aber angesichts der nach wie vor ungewissen Marktlage der pessimistische Teil der Beurteiler nicht an den Enderfolg glaubt. In dieser Lage würde jeder Geschäftsmann sagen: Entweder gar nicht erst anfangen — oder durchstehen. Dieses Durchstehen aber wird uns wesentlich erleichtert durch die Tatsache, daß die anderen Partner schließlich selbst nicht daran interessiert sind, Überschüsse gegenüber Westdeutschland zu erzielen, das in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein wird, solche Überschüsse der anderen anders als in Form von Waren zu transferieren. Auch die anderen stehen vor der Frage, ob Westdeutschland an der europäischen Integration als tragender Partner teilnimmt oder nicht. Partner, auf den die Nachbarn letztlich genau so angewiesen sind wie wir auf sie, kann Westdeutschland aber nur sein, wenn es seine Handels- (und sonstigen) Schulden in der einzigen ihm möglichen Form bezahlt, nämlich in Form von Exporten.

NOTLEIDENDE WIRTSCHAFTSZWEIGE

Schwieriger zu beantworten ist die Frage, was um derjenigen Wirtschaftszweige willen zu geschehen hat, die durch den ausländischen Konkurrenzdruck notleidend werden. Zunächst ist festzustellen, daß die Zahl der Wirtschaftszweige, die bei fortschreitender Liberalisierung effektiv nicht mehr konkurrieren können, weil das Ausland günstigere natürliche Standortbedingungen hat, recht gering ist. Selbst im Rahmen der gefährdeten landwirtschaftlichen Produktionszweige wie Gemüse- und Obstbau wird von den Fachleuten die Konkurrenzmöglichkeit grundsätzlich bejaht, wenn eine gewisse Umstellung und eine intensive Rationalisierung von Produktion und Absatz ermöglicht wird. In sehr vielen anderen Wirtschaftszweigen ist die Konkurrenzfähigkeit z. Zt. deshalb nicht gegeben, weil sie hinsichtlich der Qualität der Rohstoffe usw. nicht die gleichen Startbedingungen haben wie ausländische Konkurrenten. Wenn wir die drei Gruppen von Industriezweigen betrachten, die durch die Liberalisierung notleidend werden — die effektiv nicht konkurrenzfähigen, die

umstellungs- und rationalisierungsbedingt nicht konkurrenzfähigen und die unter ungünstigen Startbedingungen stehenden — so wird ohne weiteres klar, daß die Liberalisierung, wie jede wirtschaftspolitische Maßnahme, nicht isoliert und sprunghaft vorgenommen werden kann, sondern Bestandteil einer ganzen Gruppe aufeinander abgestimmter Maßnahmen sein muß. Man muß den Menschen, die in den der notwendigen Strukturumstellung unserer Wirtschaft zum Opfer fallenden Wirtschaftszweigen tätig sind, die Zeit zur Umstellung auf andere Berufe, erforderlichenfalls zur Umsiedlung, geben. Andere Wirtschaftszweige müssen Zeit und Möglichkeit zur Umstellung gewinnen, wieder andere verbesserte Startmöglichkeiten erhalten. Das erfordert nicht ein Aufgeben der Liberalisierung. Es erfordert aber möglicherweise Zölle, die im Zeitablauf abgebaut werden, eine die Startgleichheit sichernde Steuerpolitik usw. Nur in diesem Rahmen kann die Liberalisierung uns die erforderlichen Möglichkeiten zum Wiederaufbau ohne gleichzeitig schwere Schäden bringen.

LUXUSIMPORTE

Von den verschiedenen Folgen der Liberalisierung ist wohl die am wenigsten bedenklich, die in manchen Kreisen das größte Aufsehen erregt hat: die sog. Luxusimporte. Zunächst ist festzustellen, daß diese Luxusimporte keineswegs die Bedeutung haben, die ihnen eine böswillige Propaganda mitunter andichtet. Das Ausmaß dieser Importe ist im Vergleich zu den Nachbarländern, z. B. England, außerordentlich gering. Dabei handelt es sich ganz überwiegend um Massenluxusgüter wie Tabak, Südfrüchte usw. Deutlich ist eine gewisse Tendenz zur Minderung dieser Importe merkbar, da die Kaufkraft beschränkt und, nachdem die Handelskanäle einmal gefüllt — teilweise in offener Überschätzung der Kaufkraft sogar überfüllt — sind, der Importhandel nicht mehr als den laufenden Nachschub benötigt.

Will man diese Importe aber weiter einschränken, so erscheint angesichts der übrigen Lage die Einführung von Importrestriktionen als das am wenigsten geeignete Mittel. Dem Luxuskonsum — ob an inländischen oder importierten Gütern — wird man nur dadurch beikommen können, daß man seine Hauptquelle verstopft, nämlich die bisher falsche Steuerpolitik, die solchen Konsum geradezu prämierte. Wiederrum also zeigt sich die Liberalisierung als eine Maßnahme, die günstig nur dann wirkt, wenn sie Bestandteil einer systematisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik ist.

Summary: Liberalisation as a component of a systematic economic policy. If it is recognised that the European economic problems can only be solved by a joint action of all European countries adopting a uniform economic policy, it would appear that the removal of the arbitrarily built up trade barriers

Résumé: La libéralisation, élément d'une politique économique systématique. En admettant l'idée que la solution des problèmes économiques de L'Europe dépend de la collaboration des pays européens et de leur conception d'une politique économique suivie, on doit reconnaître le premier pas vers ce

Resumen: La liberalización como componente de una política económica sistemática. Quién reconozca el pensamiento de que los problemas económicos europeos sólo podrían llegar a ser solucionados si los países de Europa actuasen de común acuerdo y según una política económica a seguir uniforme-

constitute the first step towards this aim. It may be argued that, since the intensified liberalisation, the chronic west German dollar deficit has been aggravated by a European deficit, that the import of European luxury goods hinders the purchase of necessary raw materials and that the commodities of the European competition place their own producers in selling difficulties. Every economic policy needs an orientation, that is to say a plan showing where investments may in future be fruitful. Even if some directions of investments are quite obvious, there are in other fields, requiring investments, capacities which are not fully utilized due to lack of demand. The intention to stimulate demand by monetary policy encounters the difficulty in that the capacity of our investment goods industry does not suffice for full employment. The development of the investments according to the present structure of capacity does also not correspond to the future structure of demand. Besides, a demand supported by monetary policy would not correspond to the present capacity and import possibilities. The task ahead is to provide as much additional employment as will be possible without having to resort to rationing in order to make possible an orientation required by liberalisation. Any bottlenecks that might crop up will indicate the direction for the next acts of investment. It will only be possible to overcome a number of bottlenecks by an increase in imports. In order to offset this by an increased export, a rise in output is required which can only be achieved by rationalisation of individual firms and expansion of competitive lines of trade. The participation in the international competition constitutes the nucleus of liberalisation. The difficulties in the foreign currency situation resulting therefrom must be endured until it is recognised that Western Europe can only play her part as a partner in the European integration when she is in a position to pay her debts in the only possible way, namely, by exports. In addition, time must elapse until the lines of trade suffering from liberalisation have got clear of the danger area by rationalisation and reconversion. The concomitant circumstances of luxury imports cannot be eliminated by import restrictions but only by a change of the false tax policy.

but dans l'écartement des entraves arbitraires du commerce. Pourtant, cette opinion est confrontée par l'objection que la libéralisation intensifiée double le déficit de dollars chronique à l'Ouest d'un sérieux déficit de dollars en Europe; que l'importation d'articles de luxe provenant de pays européens empêche l'achat de matières premières nécessaires, que les produits de la concurrence européenne entravent la vente des producteurs. Tout système de politique économique a besoin d'un plan qui détermine les investitions susceptibles d'un avenir prometteur. Même si certaines tendances d'investissement se dessinent nettement, d'autres domaines ayant besoin d'investitions accusent une capacité de production insuffisamment exploitée faute de demandes. L'intention de remédier à cette absence de demandes au moyen d'une politique monétaire se heurte au fait que l'insuffisance de notre industrie de moyens de production ne garantit pas l'embauche totale et qu'elle ne répondrait pas aux possibilités actuelles de production et d'importation. Il faut procurer du travail supplémentaire sans recourir au système de rationnement, pour sauvegarder les perspectives d'orientation créées par la libéralisation. Les cols surgissants vont déterminer les opérations d'investitions prochaines. Un certain nombre en sera vaincu par l'augmentation des importations. Par conséquent il faut augmenter aussi l'exportation et encore contre la concurrence de l'étranger. On y réussira seulement par un rendement amélioré qui sera le fruit de mesures de rationalisation dans les entreprises et de la fortification des branches d'industries capables de soutenir la concurrence. La participation au concours international est le point névralgique de la libéralisation. Il faut supporter la pénurie de devises dans l'idée que l'Europe septentrionale ne saura figurer comme partenaire de l'intégration européenne que si elle peut payer ses dettes sous forme d'exportations. Il faut gagner du temps jusqu'à ce que les industries atteintes par la libéralisation soient éloignées de la zone de danger au moyen de rationalisation ou de transformation. Le phénomène accessoire d'importations de marchandises de luxe ne sera pas empêché par des restrictions, mais seulement par la révision de la politique fiscale.

mente, habrá de admitir forzosamente que una reducción de las barreras comerciales de la actualidad, constituiría el primer paso hacia la solución de dichos problemas económicos. Contra esta tesis se declara, que desde que se intensificó la liberalización el déficit crónico de dólares de la Alemania occidental, fué suplementado por un considerable déficit europeo, que la importación de mercancías de lujo europeas impide la compra de las imprescindibles materias primas, y que son precisamente las mercancías europeas las que mutuamente se hacen competencia originándose asimismo dificultades entre los propios productores. Cada política económica necesita una orientación, es decir un plan a seguir que indique donde las inversiones pueden llegar a ser en el futuro fructuosas. Si por un lado algunas de las direcciones a seguir por las inversiones quedan trazadas de un modo claro, hay por otro lado en campos que requieren inversiones, capacidades inutilizadas por falta de demanda. La intención de intensificar la demanda mediante una política monetaria, encuentra la dificultad de que la capacidad de nuestra industria productora de bienes de inversión no basta para una ocupación total. El desarrollo de las inversiones según la presente estructura de capacidad tampoco corresponde a la futura estructura de la demanda, esto aparte de que una demanda sostenida por una política monetaria no habría de corresponder a las presentes potencialidades de capacidad e importación. Se indica como inmediato objetivo la mayor ocupación adicional posible a conseguir sin deber de recurrir al sistema de racionamiento para mantener la posibilidad de orientación creado por la liberalización. Eventuales dificultades indican la dirección para los próximos actos de las inversiones. Para alcanzar un aumento de las exportaciones ante la competencia por parte de los países extranjeros, se requiere un crecimiento de la eficiencia que se podría conseguir por una racionalización de las empresas y por una expansión de las ramas de negocio competidoras. La participación en la competencia internacional constituye el núcleo de la liberalización. La dificultad de la situación de divisas, que de ahí resulta debe ser soportada hasta que se reconozca que la Europa occidental sólo puede figurar como participante de la integración europea si se le concede la posibilidad de liquidar sus deudas en la única manera posible, es decir mediante las exportaciones.